

In dieser Ausgabe des Berichts zur Lage der Wirtschaft in Ingolstadt zeigen ausgewählte Indikatoren die ökonomischen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf. Wie erwartet manifestieren sich die induzierten Herausforderungen für Industrie und private Haushalte in einem konjunkturellen Beben. Mithilfe der Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung verbessert sich die Stimmung bei den Unternehmen allmählich, Insolvenzwellen und ein weiterer Anstieg der Inflation bleiben voraussichtlich aus.

Um die aktuellen Auswirkungen der globalen Krisen auf die heimische Wirtschaft besser beurteilen zu können, stellt die IFG gemeinsam mit der IHK, der HWK und dem Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung der Stadt Ingolstadt auch weiterhin relevante und verfügbare regionale und überregionale Daten zusammen. Die Informationen werden fortlaufend aktualisiert und den Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik zur Verfügung gestellt. Die Darstellung gliedert sich in die Punkte Wirtschaftskraft, Umsatzentwicklung, Arbeitsmarkt, Insolvenzen, Inanspruchnahme von Corona-Finanzhilfen und Entlastungsmaßnahmen aufgrund des Ukraine-Kriegs. In den Fällen, in denen regionale Daten nicht verfügbar sind, werden hilfsweise Daten für Bayern oder Deutschland dargestellt.

## 1. Wirtschaftskraft

Die bestimmenden Einflussfaktoren der Konjunktur bleiben weiterhin die hohen Kosten für Energie und die Investitions- und Konsumzurückhaltung der Industrie bzw. der privaten Haushalte.<sup>1</sup> Entgegen der Erwartungen für das dritte Quartal, hielt sich das reale Wirtschaftswachstum durch substanzielle Reduzierung des industriellen Gasverbrauchs durch Effizienzsteigerung und Substitution des Energieträgers, auf 0,3%.<sup>2</sup> Wie in der Herbstprojektion des BMWK und im Bericht der Projektgruppe „Gemeinschaftsdiagnose“ (i.A. BMWK) prognostiziert, wird sich die Wirtschaftsleistung des Jahres 2022 aufgrund der robusten drei Quartale auf 1,4% belaufen.<sup>3</sup> Darüber hinaus deutet der seit September steigende ifo-Geschäftsklimaindex (Dez: 88,6 Pkt.) darauf hin, dass die Rezession schwächer ausfallen dürfte als befürchtet.<sup>4</sup> Die weiteren Aussichten bleiben unter anderem wegen einem schwächeren vierten Quartal der Industrie unter dem Strich trüb. Für das Jahr 2023 wird eine Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts von 0,4% erwartet.<sup>5</sup>

Sinkende Weltmarktpreise für Energie und Pauschalreisen führten im November zu einem Rückgang der Inflationsrate auf 10,0%.<sup>6</sup> Unter dem Einfluss der im Januar in Kraft tretenden Strom- und Gaspreismbremse schätzt man den Verbraucherpreisanstieg für das Jahresende auf nur 7,0%.<sup>7</sup> Die Teuerungsraten für Energie (Okt: 43,0%, Nov: 38,7%) sind zwar rückläufig und senken die Erzeugerpreise, dieser Effekt wird sich für die privaten Haushalte allerdings erst mit Verzögerung bemerkbar machen. Eine weitere Belastung sind die weiter steigenden Preise für Nahrungsmittel (Nov: +21,1%).

Die preisbedingt große Diskrepanz nominaler und realer Werte zeigt sich erneut in der Außenhandelsbilanz. Sinkende Gaspreise führen hier zu einem deutlichen nominalen Rückgang der Importe um 3,7%, sowie der Exporte um 1,3%. In perspektivischer Betrachtung ergibt sich ein positives Bild. So deuten die Containerfrachtraten, das Verhältnis von Auftragseingängen zu Produktion, sowie Unternehmensumfragen zum Materialmangel darauf hin, dass sich die Lieferengpässe der letzten Monate auflösen.

Wie bereits in den vergangenen Monaten liegt die bayerische Inflationsrate im November mit 10,9% über dem deutschen Schnitt. Haupttreiber sind besonders hohe Kosten für Energie (Gas: +144,9%) und Nahrungsmittel (+20,6%). Verglichen mit Oktober deutet sich mit einem Rückgang der Verbraucherpreise um 0,3%, ein positiver Trend an.<sup>8</sup> Eine Folge dieser Entwicklungen sind sinkende Reallöhne. Im dritten Quartal 2022 erfahren bayerische Arbeitnehmende einen Rückgang der realen Bruttomonatsverdienste um 5,5%.<sup>9</sup>

Vorläufige Ergebnisse zur Außenhandelsstatistik des Freistaats beschreiben für die ersten neun Monate des Jahres 2022 kräftige Zuwächse der Import- (+20,1%) und Exportvolumina (+12,5%).<sup>10</sup> Im Oktober setzt sich diese Entwicklung fort. Die Exporte nahmen gegenüber dem Vorjahresmonat um 16,8% auf 19,2 Mrd. Euro zu. Der Großteil der Ausfuhren ging an Länder der Europäischen Union (9,9 Mrd. €). Weiterhin wichtige Exportländer bleiben auch die Vereinigten Staaten und die Volksrepublik China mit jeweils über 1 Mrd. €. Im gleichen Zeitraum wuchs auch das Volumen der Importe um 21,7% auf 22,4 Milliarden Euro, wobei ebenfalls knapp die Hälfte des Wertes aus Ländern der EU-27 eingeführt wurde. Neben den klassischerweise bedeutenden Importgütern für Automobil- und Maschinenbauindustrie, bleibt weiterhin der Posten „Erdöl und Erdgas“ ein gewichtiger Faktor. Insgesamt wird hiermit für beide Kennzahlen der bisherige Höchststand aus dem Jahr 2017 übertroffen.<sup>11</sup>

## **2. Umsatz**

### **2.1 Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe (Deutschland/Bayern)**

Um die Entwicklungen der Wirtschaft in diesem Jahr besser einordnen zu können, lohnt es sich, stärker auf die Veränderungen der Auftragslage einzugehen. So lässt sich das täuschende Bild vermeiden, welches durch den inflationsbedingten Preiseffekt entsteht. Im Verarbeitenden Gewerbe ging die Nachfrage von Juli auf August um 2,0% zurück, im September um weitere 2,9%. Im letzten datenverfügbaren Monat Oktober, legt sich der Rückgang der Ordereingänge erstmals wieder um +0,8%. Diese Entwicklung wird vom BMWK vor allem auf die Erholung der Auftragszahlen aus dem Ausland und in der Branche „Kfz/Kfz-Teile“ zurückgeführt. Verglichen zum Vorjahreszeitraum bleibt es unter dem Strich bei einer Zunahme der Aufträge.<sup>12</sup>

Entgegen eines deutlichen Anstiegs des bayerischen Umsatzes mit entsprechenden Gütern im Oktober um 19,3% auf 35,6 Milliarden Euro, muss die hiesige Branche im Vorjahresvergleich sogar einen Rückgang der Nachfrage um 4,2% verzeichnen. Dabei schrumpfte die Binnennachfrage mit 6,0% deutlicher als die Nachfrage aus dem Ausland (3,2%).<sup>13</sup>

Die zuletzt bemerkenswert positive Bilanz des deutschen Baugewerbes im Oktober, kann die trüben Aussichten für die kommenden Monate nicht ausgleichen. Die Konsum- und Investitionszurückhaltung zeigen sich auch im beachtlichen Minus der Energie- und Wasserwirtschaft.<sup>14</sup>

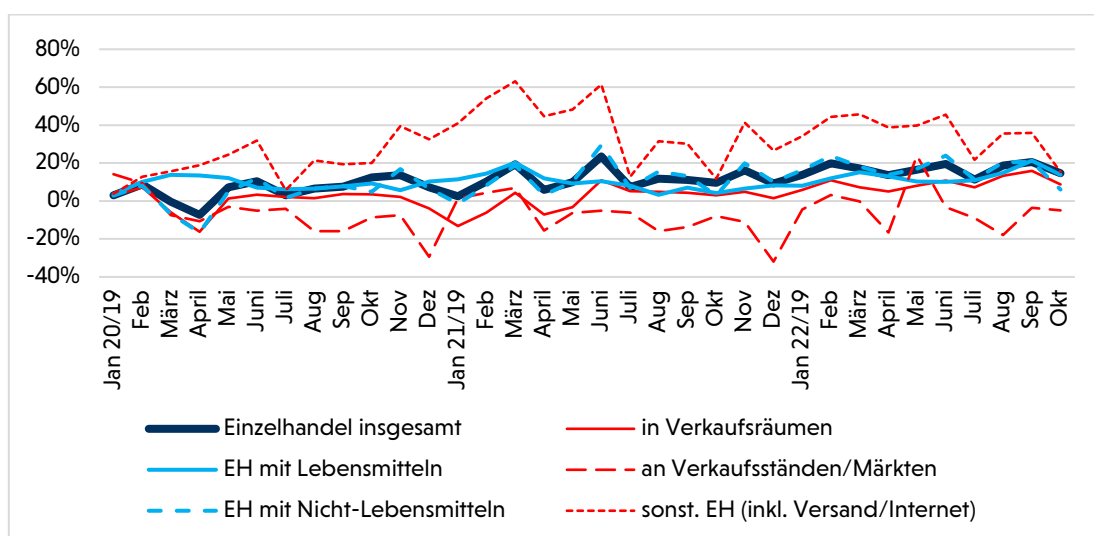
### **2.2 Entwicklung des Automobilmarktes (Deutschland/Bayern)**

Nach Informationen des „Verbands der Automobilindustrie“ übertrifft das Produktionsaufkommen der deutschen Hersteller seit Mai jeweils die Werte des Vorjahres. An das Niveau vor der Pandemie kommt man allerdings bei weitem nicht heran. Im Jahr 2022 bleibt man aktuell mit -28% hinter den Zahlen des Jahres 2019 zurück. Ähnlich verhielt es sich im Bereich der PKW-Neuzulassungen. Nach Monaten des Wachstums erreichte man Werte knapp 2% unterhalb des Vorjahresniveaus. In der Gegenüberstellung mit dem Jahr 2019 beträgt der Rückstand allerdings 30%. Zurückgeführt wird die schleppende Erholung auf die Engpässe bei Vor- und Zwischenprodukten, sowie die hohen Energie- und Rohstoffpreise. Ungeachtet dieser Herausforderungen wächst die Sparte der Elektrofahrzeuge, speziell die Zahl der Neuzulassungen mindestens teilweise batteriebetriebener PKW. Im November wurden erstmals mehr als 100.000 Elektroautos abgesetzt, was einer Zunahme von 50% gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht (seit Jahresbeginn +10%). Die Auftragslage entwickelte sich dieses Jahr schwächer als 2021. So gingen in den ersten elf Monaten beispielsweise 7% weniger Aufträge aus dem Ausland ein. Die Zahl der im laufenden Jahr exportierten PKW hingegen, stieg im Vorjahresvergleich noch um 11%. Dies entspricht einem Defizit von 28% gegenüber dem Jahr 2019.<sup>15</sup>

Nach Berichten von „ZEIT-online“, welche sich auf eine Studie der Beratungsgesellschaft „EY“ beziehen, erzielten die 16 größten Autokonzerne im dritten Quartal 2022 neue Rekordgewinne. Mercedes-Benz verbuchte mit 5,2 Milliarden Euro den höchsten operativen Gewinn, Volkswagen war in diesem Zeitraum der Konzern mit dem größten Umsatz (70,7 Milliarden Euro). Laut Angaben des ifo-Instituts sollen die Hersteller für die nächsten Monate bereits mit einer Zunahme der Produktion rechnen nachdem sich die Lieferengpässe in der Branche stetig verbessern.<sup>16</sup>

Die Zahl der im Jahr 2022 im Freistaat neu zugelassenen Kraftfahrzeuge nahm mit Stand September um 7,8% ab. Ursächlich hierfür sind die starken Rückgänge der Zulassungen von Benzin- und Diesel-Pkw. Die Wachstumsrate von 5,6% im Bereich der Pkw mit alternativem Antrieb, kann diese Defizite nicht kompensieren.<sup>17</sup>

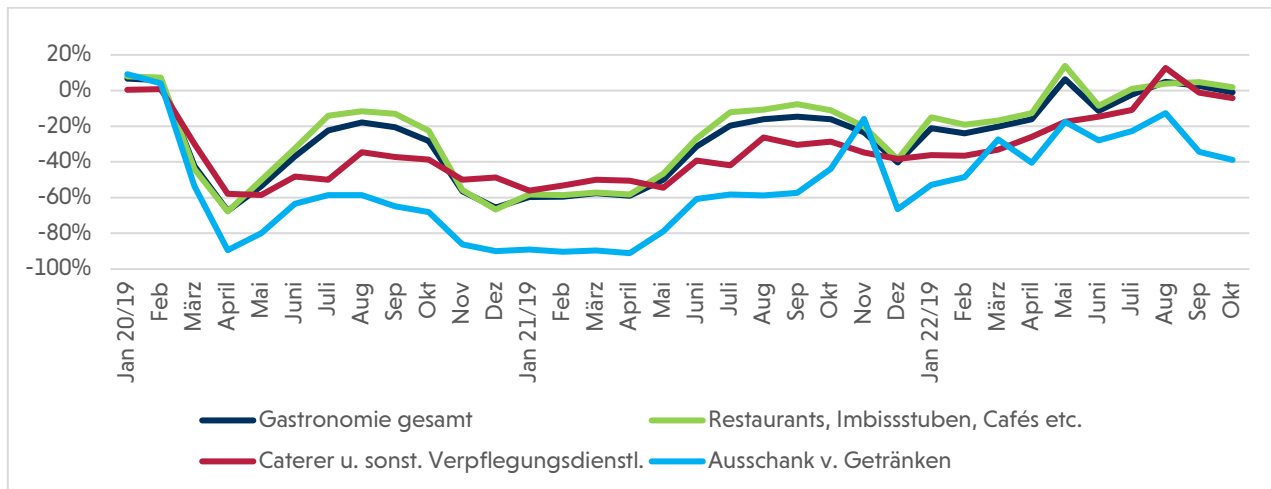
### 2.3 Umsatzentwicklung im Einzelhandel (Bayern)<sup>18</sup>



Auf Bundesebene setzt sich der Abwärtstrend im Konsum von Waren des Einzelhandels im Oktober fort. Die nominalen Umsatzzuwächse täuschen hierbei über die Trendentwicklung hinweg. Die deutlichen Verwerfungen der Krise schlagen sich in den meisten Sektoren als realer Umsatzrückgang nieder. Lediglich die Zahl der Neuzulassungen von Pkw sind im November wieder um 14,9% gestiegen. Laut GfK-Konsumklimaindex, sowie den ifo-Geschäftserwartungen, zeichnet für Dezember allmählich eine Verbesserung ab.<sup>19</sup>

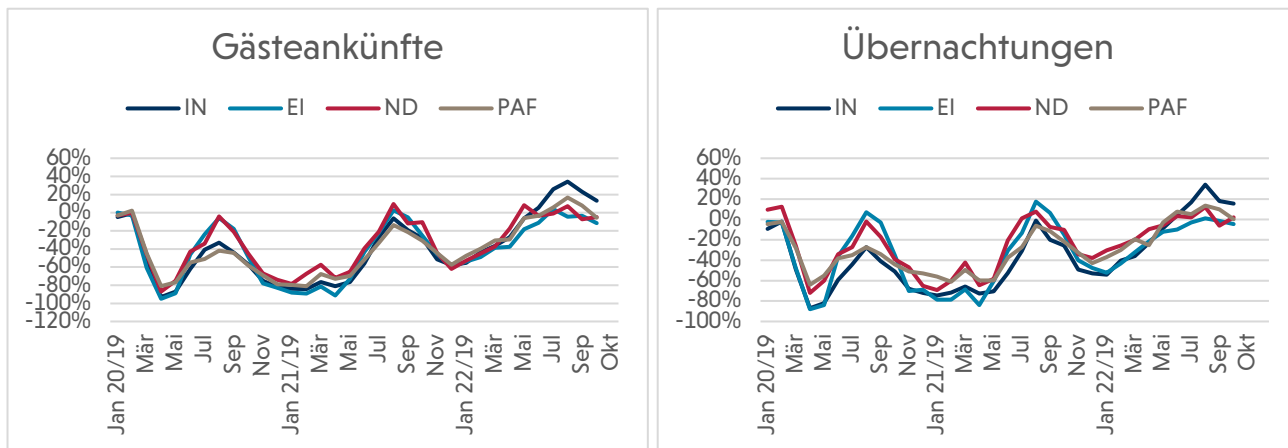
In der Betrachtung der bayerischen Unternehmen sieht man sich laut Angaben des Bayerischen Landesamtes für Statistik in den ersten zehn Monaten mit einem Rückgang des preisbereinigten Umsatzes in allen Wirtschaftsgruppen des Einzelhandels um 2,0% konfrontiert. Im Oktober ging dieser mit -5,6% erneut deutlich zurück. Besonders stark gesunken ist der Umsatz mit „Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)“. Hinsichtlich der Beschäftigungszahlen gibt es im Vergleich mit dem Vorjahr große Unterschiede in den Gruppen. Beispielsweise +20,2% im „Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten“, -4,7% im „Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen)“. Insgesamt ging die Beschäftigungszahl nur um 0,2% zurück.<sup>20</sup>

## 2.4 Umsatzentwicklung in der Gastronomie (Bayern)<sup>21</sup>



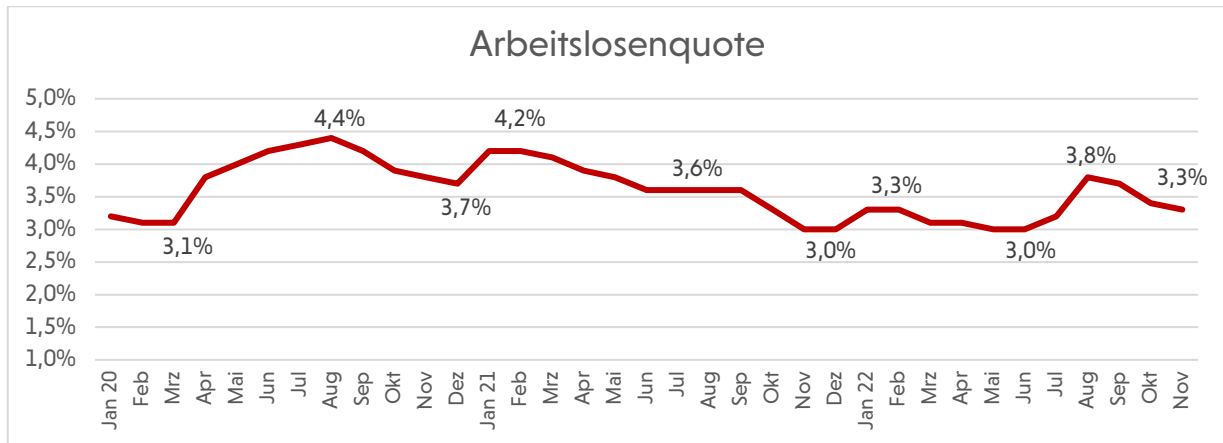
Beleuchtet man die realen Umsätze der bayerischen Gastronomie, ergibt sich für die ersten neun Monate des Jahres 2022 verglichen zum Vorjahr eine Steigerung von ganzen 41,2%. Auch die letzten datenverfügbaren Monate September und Oktober verliefen gut (+11,2% bzw. 8,8%). Wie in der Grafik zu erkennen bedeutet diese Entwicklung allerdings einen leichten Rückschritt im Vergleich mit der Vor-Corona-Zeit. Stellt man die beiden Septembermonate gegenüber, befindet sich der reale Umsatz um 15% unter dem Niveau des Jahres 2019.<sup>22 23</sup>

## 2.5 Entwicklung des Fremdenverkehrs (Bayern/Region 10)<sup>24</sup>



Noch deutlicher konnten sich die Wirtschaftsgruppen des Tourismus und der Beherbergung erholen. Für die ersten neun Monate vermeldete das Bayerische Landesamt für Statistik ein reales Umsatzplus von 86,1%, für die Monate September +24,2% und Oktober +33,4% in Relation zum Jahr 2021. Motor des positiven Trends sind die signifikant gestiegenen Ankünfte ausländischer Gäste (Oktober: +59,3%).<sup>25</sup> Auch die Zahlen der Beschäftigung im Gastgewerbe nimmt insgesamt weiter zu. So sprechen vorläufige Daten für die ersten zehn Monate von einem Anstieg von 15,4%. Letztlich bewegen sich die Kennzahlen der Beherbergung für diese Periode weiterhin unter den Werten der Zeit vor der Pandemie (Gästekünfte: -29,5 Millionen, Übernachtungen: -80,5 Millionen).<sup>26 27</sup>

### 3. Arbeitsmarkt (Stadt Ingolstadt)<sup>28</sup>



#### Weitere Indikatoren

		Gepr. Anzeigen Kurzarbeit (KA)		darin genannte Personenzahl		Unterbeschäftigung (ohne KA)		Gemeldete Arbeitsstellen	
Feb 20	19	7	4	122	98	3.463	3.359	1.485	1.811
Mär 20	19	136	-	21.900	-	3.448	3.305	1.385	1.716
Apr 20	19	1.216	0	19.512	0	3.829	3.268	1.264	1.749
Mai 20	19	135	9	1.229	36	3.999	3.193	1.187	1.773
Jun 20	19	37	-	373	-	4.081	3.165	1.203	1.706
Jul 20	19	40	3	340	120	4.154	3.176	1.124	1.695
Aug 20	19	11	-	190	-	4.248	3.189	1.133	1.703
Sep 20	19	7	13	141	285	4.132	3.221	1.133	1.658
Okt 20	19	29	5	332	53	3.951	3.143	1.173	1.580
Nov 20	19	112	9	790	263	3.946	3.164	1.126	1.485
Dez 20	19	-	8	-	89	1.053	1.435	3.964	3.209
Jan 21	20	117	5	1.195	735	4.255	3.496	991	1.445
Feb 21	20	172	7	1.689	122	4.357	3.463	1.015	1.485
Mär 21	20	41	136	660	21.900	4.273	3.448	1.070	1.385
Apr 21	20	22	1.216	1.003	19.512	4.054	3.829	1.115	1.264
Mai 21	20	9	135	23	1.229	3.983	3.999	1.066	1.187
Jun 21	20	15	37	156	373	3.865	4.119	1.139	1.203
Jul 21	20	10	40	710	340	3.787	4.187	1.195	1.124
Aug 21	20	10	11	20	190	3.680	4.259	1.210	1.133
Sep 21	20	10	7	200	141	3.610	4.132	1.290	1.133
Okt 21	20	20	29	710	332	3.520	3.951	1.330	1.173
Nov 21	20	30	112	350	790	3.360	3.946	1.330	1.126
Dez 21	20	40	-	350	-	3.290	1.053	1.340	3.964
Jan 22	21	60	117	450	1.195	3.450	4.255	1.350	991
Feb 22	21	130	172	16.660	1.689	3.440	4.357	1.440	1.015
Mär 22	21	20	41	380	660	3.320	4.273	1.440	1.070
Apr 22	21	120	22	19.560	1.003	3.260	4.054	1.400	1.115
Mai 22	21	10	9	360	23	3.220	3.983	1.400	1.066
Jun 22	21	10	15	410	156	3.180	3.865	1.480	1.139
Jul 22	21	20	10	550	710	3.290	3.787	1.570	1.195
Aug 22	21	10	10	220	20	3.700	3.680	1.600	1.210
Sep 22	21	10	10	20	200	3.670	3.610	1.560	1.290
Okt 22	21	10	20	210	710	3.550	3.520	1.540	1.330
Nov 22	21	tba	30	tba	350	3.550	3.360	1.490	1.330

## Realisierte Kurzarbeit

	Feb 20	Mär 20	Apr 20	Mai 20	Jun 20	Jul 20	Aug 20	Sep 20	Okt 20
Betriebe in Kurzarbeit	72	690	1.151	980	742	574	476	434	405
Betroffene Arbeitnehmer	1.504	21.374	34.124	27.741	19.760	13.674	10.461	3.314	2.426

	Nov 20	Dez 20	Jan 21	Feb 21	Mär 21	Apr 21	Mai 21	Jun 21	Jul 21
Betriebe in Kurzarbeit	566	687	831	830	690	670	650	460	310
Betroffene Arbeitnehmer	3.251	4.140	13.998	7.840	16.290	5.520	10.440	12.080	12.860

	Aug 21	Sep 21	Okt 21	Nov 21	Dez 21	Jan 22	Feb 22	Mär 22	Apr 22	Mai 22
Betriebe in Kurzarbeit	260	250	200	220	270	270	250	220	140	90
Betroffene Arbeitnehmer	12.690	14.780	14.930	11.130	1.510	1.640	1.160	9.840	11.310	9.850

\* Veröffentlichung der Zahlen jeweils mit etwa 6 Monaten Verzögerung

Auf dem deutschen Arbeitsmarkt machen sich nach und nach die Auswirkungen der Krise bemerkbar. Trotz ausbleibendem Anstieg der Arbeitslosigkeit durch Fluchtmigration infolge des Ukraine-Kriegs, wurde für November ein Anstieg um 17.000 Personen gemeldet. Unternehmen zögern zunehmend neues Personal einzustellen. Weiterer die Beschäftigung betreffende Kennzahlen stiegen kräftig: +32.000 erwerbstätige Personen im Oktober, +42.000 Sozialversicherungspflichtige im September verglichen zum Vormonat. Die Anzahl der Kurzarbeitsanzeigen nimmt aktuell lediglich aus den energieintensiven Industrien zu.<sup>29</sup>

Die Daten in den vorangehenden Grafiken beziehen sich auf die Stadt Ingolstadt, in der Region 10 liegt die Arbeitslosenquote im November bei 2,3%.<sup>30</sup>

Zum 30. Juni 2022 liefen einige pandemiebedingte Sonderregelungen zur Bezugsdauer und -höhe des Kurzarbeitergeldes aus. Fortan wird die Laufzeit erneut auf 12 Monate zurückgesetzt und die Höhe des Bezugs auf 60% bzw. 67% (Beschäftigte mit min. 1 Kind) des entfallenen Netto-Entgelts. Einkommen aus Minijobs werden wieder angerechnet und der Bezug für Leiharbeiter\*innen ist generell nicht mehr möglich.<sup>31</sup> Die Inanspruchnahme der Kurzarbeitsleistungen war ab März 22 zunehmend rückläufig und kam auf Bundesebene nur noch auf einen Wert von ca. 100.000 Personen.<sup>32</sup>

## 4. Unternehmensinsolvenzen (Deutschland/Bayern)

Hinsichtlich der Unternehmensinsolvenzen war die Erholung der Wirtschaft nach der Corona-Krise erkennbar. Die Anmeldungen von Insolvenzen gingen im Zeitraum Januar bis August 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 2,3% zurück, verglichen zum Jahr 2020 um 21%. Um die Aussicht auf die nächsten Monate abschätzen zu können, werden Frühindikatoren wie die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen herangezogen. Hier zeigt sich, dass die aufgrund der Ukraine-Krise erwartete Trendumkehr erst im Oktober eintrat. Im September war die Zahl der Anträge im Vormonatsvergleich noch um 20,6% zurückgegangen, einen Monat später nahm sie um 18,4% zu. Es wird von weiter zunehmenden Insolvenzanmeldungen ausgegangen, eine „Insolvenzwellen“ wird explizit nicht erwartet. Die Prognose des Bundesministeriums fußt auf Aussagen von Experten des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle.<sup>33</sup>

## 5. Inanspruchnahme von Corona-Finanzhilfen (Bayern/Bund)<sup>34</sup>

	<i>eingegangene Anträge Bayern</i>	<i>Ausgezahltes Volumen Bayern (Bund)</i>
Soforthilfe	<b>486.000</b>	<b>2,2 Mrd. €</b> (13,21 Mrd. €)
Überbrückungshilfe I	<b>20.789</b>	<b>258 Mio. €</b> (1,41 Mrd. €)
Überbrückungshilfe II	<b>31.748</b>	<b>488 Mio. €</b> (2,76 Mrd. €)
Überbrückungshilfe III	<b>91.047</b>	<b>5,700 Mrd. €</b> (30,84 Mrd. €)
Überbrückungshilfe III Plus	<b>40.290</b>	<b>1,363 Mrd. €</b> (7,24 Mrd. €)
Überbrückungshilfe IV	<b>22.728</b>	<b>514 Mio. €</b> (3,71 Mrd. €)
Neustarthilfe	<b>41.853</b>	<b>261 Mio. €</b> (1,58 Mrd. €)
Neustarthilfe Plus	<b>18.943</b>	<b>69 Mio. €</b> (0,39 Mrd. €)
Neustarthilfe Plus Q4	<b>17.196</b>	<b>63 Mio. €</b> (0,34 Mrd. €)
Neustarthilfe 2022 Q1	<b>15.771</b>	<b>59 Mio. €</b> (0,345 Mrd. €)
Neustarthilfe 2022 Q2	<b>7.099</b>	<b>22 Mio. €</b> (0,136 Mrd. €)
Novemberhilfe	<b>66.856</b>	<b>1,257 Mrd. €</b> (6,63 Mrd. €)
Dezemberhilfe	<b>65.571</b>	<b>1,403 Mrd. €</b> (7,14 Mrd. €)
Bay. Härtefall- & Sonderhilfe	<b>4.197</b>	<b>91 Mio. €</b>
Kredite der KfW	<b>157.306</b> (ca. 16% aus Bayern)	<b>59,01 Mrd. € zugesagt (Bund)</b>

\*Stand Zahlen Bayern: 05. Dez 22; Stand Zahlen Bund: 1. Nov 22

Nachdem das Corona-Soforthilfe-Programm des Bundes und des Freistaates Bayern im Mai 2020 auslief, wurde mit der **Überbrückungshilfe Corona** ein Anschlussprogramm auf Bundesebene ausgearbeitet, das als branchenübergreifendes Zuschussprogramm angelegt wurde. Die Überbrückungshilfe soll die wirtschaftliche Existenz von Solo-Selbstständigen, Freiberuflern und kleinen und mittelständischen Unternehmen sichern, die durch Corona-bedingte vollständige oder teilweise Schließungen oder Auflagen erhebliche Umsatzausfälle erleiden. Die Antragsfrist der 5. Phase der Überbrückungshilfen (IV) lief zum 15.06.22 aus. Diese umfasste nach einer Ausweitung die Fördermonate Januar bis Juni 22. Die Förderbedingungen sind weitgehend deckungsgleich mit der Überbrückungshilfe III Plus.

Seit Februar 2021 können zudem Soloselbstständige, die nur geringe betriebliche Fixkosten haben, aber dennoch stark von der Corona-Krise betroffen sind, mit der Neustarthilfe einmalig bis zu 7.500 Euro als Umsatzerstattung beantragen. Mit der **Neustarthilfe 2022** können Soloselbstständige auch über den Förderzeitraum der Neustarthilfe Plus hinaus (endet am 31.12.2021) weiterhin pro Monat bis zu 1.500 Euro an direkten Zuschüssen erhalten. Gesamtförderzeitraum der Neustarthilfe 2022 ist nach einer Erweiterung Januar bis Juni 22, die Antragsfrist endete zum 15. Juni 2022.

Darüber hinaus hatte der Bund mit der „**November-/Dezemberhilfe**“ direkt und indirekt von den Schließungen im November und Dezember betroffene Unternehmen, Betriebe, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen unterstützt. Es wurden Zuschüsse pro Woche der Schließungen in Höhe von 75 Prozent des durchschnittlichen wöchentlichen Umsatzes im Vergleichsmonat 2019 gewährt. Frist zur Antragsstellung war der 30.04.2022.<sup>35</sup>

Im Mai wurde zusätzlich die bayerische **Corona-Härtefallhilfe** eingeführt, welche Unternehmen unterstützt, die für die bisherigen Corona-Wirtschaftshilfen nicht anspruchsberechtigt waren. Antragsberechtigt sind Unternehmen und Selbständige, die in den bestehenden Hilfsprogrammen von Bund und Ländern nicht berücksichtigt werden, aber infolge der Corona-Pandemie und des staatlich angeordneten Lockdowns in ihrer Existenz bedroht waren. Die Härtefallhilfe ist subsidiär zu den bestehenden Förderprogrammen von Bund, Ländern und Kommunen. Der Förderzeitraum für die Härtefallhilfen wurde verlängert, Anträge konnten bis zum 15. Juni 22 gestellt werden.<sup>36</sup>

Der Freistaat Bayern gewährte zudem den durch die kurzfristige Absage der **Weihnachtsmärkte** besonders betroffenen Marktkaufleuten und Schaustellern eine zusätzliche Unterstützung und stellte hierfür 30 Mio. EUR in Form eines monatlichen Unternehmerlohns in Höhe von bis zu 1.500 Euro für den Zeitraum November 2021 bis März 2022 bereit. Die Antragsfrist endete am 31. Mai dieses Jahres.<sup>37</sup>

Das KfW-Sonderprogramm zur Abfederung der Folgen der Pandemie lief zum 30. April dieses Jahres aus. Mit Stand vom 30. Juni wurden seit dem 23. März 2020 insgesamt Kredite mit einem Gesamtvolumen von 59,01 Mrd. € zugesagt.<sup>38</sup> Hierbei kamen ca. 97% der Anträge von kleinen und mittleren Unternehmen. Zuletzt galten folgende Kreditobergrenzen: Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten: 2,3 Mio. €, 10-50 Beschäftigte: 1,5 Mio. €, bis zu 10 Beschäftigte: 860.000 €.<sup>39</sup>

Die LfA Förderbank Bayern hat die bayerische Wirtschaft bis zum 30.06.2022 ihrerseits mit Darlehen unterstützt. Diese Hilfen bestanden aus: LfA-Schnellkredit, Corona-Schutzschirm-Kredit, Corona-Kredit-Gemeinnützige, Universalkredit, LfA Bürgschaften, Akutkredit. Laut Wirtschaftsminister Aiwanger wurden seit Beginn der Pandemie entsprechende Kredite und Bürgschaften von fast zwei Milliarden Euro ermöglicht.<sup>40</sup> Nachdem sich die Summe der Darlehen im Jahr 2020 noch über 1,5 Mrd. € belief, ging das Volumen 2021 auf 448 Mio. € zurück.<sup>41</sup>

## 6. Entlastungsmaßnahmen aufgrund des Ukraine-Kriegs

Um den wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Kriegs und der daraus resultierenden Energiekrise zu begegnen, hat die Bundesregierung in den letzten Monaten mit drei Entlastungspaketen im Volumen von rund 95 Mrd. Euro erste Maßnahmen zur Entlastung von Bürger\*innen und Unternehmen ergriffen. Am 29. September verabschiedete sie zudem einen Abwehrschirm in der Höhe von bis zu 200 Mrd. Euro, um gleichermaßen private Haushalte und Unternehmen aus besonders energie- und handelsintensiven Branchen zu unterstützen, welche sich aufgrund der Folgen des Krieges in Liquiditätsengpässen befinden.<sup>42</sup> Neben Entlastungsmaßnahmen wie der vorgezogenen Abschaffung der EEG-Umlage, einer Dämpfung der Netzentgelte, Anpassungen beim CO<sub>2</sub>-Preis im Brennstoffemissionshandel, stehen aktuell mehrere staatliche Hilfen bereit.<sup>43</sup>

Seit dem 15. Juli gibt es für Unternehmen die besonders von hohen Energiekosten betroffen sind, im Rahmen des sogenannten Energiekostendämpfungsprogramms über das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), einen Zuschuss zu Erdgas- und Stromkosten. Hierfür stehen für den Zeitraum Februar bis September 2022 5 Mrd. Euro zur Verfügung, welche in drei Stufen ausgezahlt werden. Sie unterscheiden sich je nach Wirtschaftsbranche, der Zuschussquote, den Maximalbeträgen und einem etwaigen Betriebsverlust. Pro Unternehmen wird maximal ein Zuschuss von 50 Millionen Euro gewährt, wobei stets lediglich 80% des Verbrauchs des Vorjahresmonats bezuschusst wird, um einen Mehrverbrauch an Erdgas zu verhindern.<sup>44</sup> Das Programm wurde zuletzt bis Ende 2022 verlängert, um für die geplante Gas- und Strompreisbremse als Übergangsinstrument zu fungieren. Mit Stand vom 04. Oktober wurden bereits Mittel in Höhe von 22,88 Mio. Euro bewilligt, somit stehen von den bereitgestellten Haushaltsmitteln noch 3,98 Mrd. Euro zur Verfügung.<sup>45</sup>



Auch die KfW stellt neben den bestehenden Förderkreditprogrammen für betroffene Unternehmen neue Fördermittel zur Verfügung. Über das Sonderprogramm UBR (Ukraine, Belarus, Russland) 2022, erhalten Unternehmen aller Größenklassen vorerst bis zum 31.12.2022, branchenübergreifend Zugang zu zinsgünstigen, weitgehend haftungsfreigestellten Krediten. Dies gilt dann, wenn sie nachgewiesenermaßen entweder von den Sanktionen gegenüber Russland und Belarus, oder den Kriegshandlungen in der Ukraine in der Form betroffen sind, dass sie Umsatzrückgänge, Produktionsausfälle, geschlossene Produktionsstätten oder gestiegene Energiekosten zu bewältigen haben. Die KfW übernimmt bis zu 80% (bzw. 70% bei Konsortialfinanzierung) des Bankenrisikos, um den Kreditzugang zu erleichtern.<sup>46</sup> Darüber hinaus wurden das Großbürgschaftsprogramm des Bundes und bei den Bürgschaftsbanken erweitert, ein Margining-Finanzierungsinstrument für an Terminbörsen handelnde Akteure geschaffen, um die Hinterlegung von Sicherheitsleistungen zu sichern, sowie eine Stabilisierung volkswirtschaftlich besonders relevanter Unternehmen durch Eigen- bzw. Hybridkapitalhilfe geprüft. Laut KfW wurden im ersten Halbjahr bereits 33,4 Mrd. Euro an Unterstützungsmaßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung im Auftrag des Bundes zugesagt.

Der Freistaat Bayern hat seinerseits das bestehende Bürgschaftsprogramm auf bayerische Unternehmen ausgeweitet, welche infolge des Krieges vorübergehend in finanzielle Bedrängnis geraten sind. Mit diesem Instrumentarium können Kredite zur Finanzierung von Investitionen und/oder Betriebsmitteln mit einer Bürgschaftsquote von bis zu 80%, in Einzelfällen 90% verbürgt werden. Weitere bayerische Unterstützungsinstrumente stellt die LfA mit ihren bestehenden Programmen zur Verfügung.<sup>47</sup>

---

<sup>1</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), 14.12.22

<sup>2</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), 24.11.22

<sup>3</sup> Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 27.9.22

<sup>4</sup> Ifo-Institut, 19.12.22

<sup>5</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), 14.12.22

<sup>6</sup> Statistisches Bundesamt, 13.12.22

<sup>7</sup> Tagesschau.de, 14.12.22

<sup>8</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, 29.11.22

<sup>9</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, 16.12.22

<sup>10</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, 11.11.22

<sup>11</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, 13.12.22

<sup>12</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), 14.12.22

<sup>13</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, 8.12.22

<sup>14</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), 14.12.22

<sup>15</sup> Verband der Automobilindustrie, 5.12.22

<sup>16</sup> Zeit Online, 5.12.22

<sup>17</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, 26.10.22

<sup>18</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, 16.12.22

<sup>19</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), 14.12.22

<sup>20</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, 25.11.22

<sup>21</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, 16.12.22

<sup>22</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, 14.11.22

<sup>23</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, 12.12.22

<sup>24</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, 16.12.22

<sup>25</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, 8.12.22

<sup>26</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, 14.11.22

<sup>27</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, 12.12.22

<sup>28</sup> Bundesagentur für Arbeit, 19.12.22

<sup>29</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), 14.12.22

<sup>30</sup> Bundesagentur für Arbeit, 20.12.22

<sup>31</sup> Bundesagentur für Arbeit, 1.7.22

<sup>32</sup> Bundesagentur für Arbeit, 30.9.22

<sup>33</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), 14.12.22

<sup>34</sup> IHK für München und Oberbayern, 5.12.22

<sup>35</sup> IHK Niederbayern, 17.10.22

<sup>36</sup> Härtefallhilfen, Förderprogramm der Länder, 17.10.22

<sup>37</sup> IHK Niederbayern, 17.10.22

<sup>38</sup> Dashboard Deutschland, 19.7.22

<sup>39</sup> KfW, 3.12.21

<sup>40</sup> LfA Förderbank Bayern, 10.1.22

<sup>41</sup> LfA Förderbank Bayern, 27.4.22

<sup>42</sup> Bundesministerium der Finanzen, 6.10.22

<sup>43</sup> Vereinigung der bayerischen Wirtschaft e.V., 23.10.22

<sup>44</sup> Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, 17.10.22

<sup>45</sup> Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, 6.10.22

<sup>46</sup> KfW, 17.10.22

<sup>47</sup> Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, 17.10.22